

Ungelegte Eier in Stelzenberg

HINTERGRUND: Warum in Stelzenberg wieder das Thema Eingemeindung auf dem Tisch ist

VON GUDULA ZILM

STELZENBERG. Vor über drei Jahren hatte eine Frage in der Gemeinde für mächtigen Wirbel gesorgt, jetzt könnte sie wieder laut werden: Soll Stelzenberg in die Stadt Kaiserslautern eingemeindet werden? Der Ortsgemeinderat will am nächsten Donnerstag darüber beraten, wohin die Reise gehen soll. Auch ein neuer Bürgerentscheid ist möglich.

Die erneute Diskussion über Eigenständigkeit oder Eingemeindung wurde durch die von der Landesregierung geplante Fusion der Verbandsgemeinden Kaiserslautern-Süd und Landstuhl ins Rollen gebracht. „Der VG-Rat Kaiserslautern-Süd hat ja beschlossen, dass die Ortsbürgermeister zur Frage der Fusion die Stimmung einholen sollen“, erklärt Stelzenbergs Ortsbürgermeister Reiner Demuth (SPD). Er wollte „einfach wissen, wie es weitergeht“.

Beim Thema Fusion mit Landstuhl habe dann sich gezeigt, dass es unterschiedliche Meinungen im Rat gibt, berichtet Demuth. Als die Frage im Mai 2010 zum ersten Mal auf gekommen war, angestoßen vom damaligen Ortsbürgermeister Reinhold Meister (SPD), waren recht schnell die Fronten im Gemeinderat klar: Die SPD sprach sich für eine Eingemeindung aus, die FWG dagegen.

In der jetzigen Situation möchte der Ortsbürgermeister, der im September seinen Parteikollegen Meister ablöste, öffentlich keine Stellung beziehen. „Ich bin als Ortsbürgermeister unparteiisch“, betont er. Auch für die SPD könne und wolle er nicht sprechen, denn „es gibt keinen Fraktionszwang“.

In der Ratssitzung am kommenden Donnerstag soll deswegen „ergebnisoffen“ diskutiert werden. „Die Gretchenfrage lautet: Landstuhl oder Kaiserslautern?“, macht Demuth deutlich. Aber das heiße nicht, dass sich der Rat am Donnerstag schon festlegt. Es könne allerdings auch ein Beschluss gefasst werden, möglicherweise sogar, ob eine Bürgerbefragung angestrebt werden soll.



2011 stimmte Stelzenberg über Eigenständigkeit oder Eingemeindung nach Kaiserslautern ab. Durch die geplante Fusion der Verbandsgemeinden Kaiserslautern-Süd und Landstuhl könnte die Frage erneut gestellt werden. FOTO: VEW

Eine informelle Befragung zum Thema ist jederzeit möglich. Ein Bürgerentscheid nach formellen Kriterien der Gemeindeordnung, wie er damals stattfand, ist in Kürze wieder erlaubt: Denn ein Bürgerentscheid hat drei Jahre lang bindende Wirkung, erst nach Ablauf dieser Zeit darf erneut darüber entschieden werden.

Gretchenfrage mit massiver Nebenwirkung: Rat sowie Bürger waren damals uneins.

Da der letzte Bürgerentscheid am 18. Dezember 2011 stattfand, wäre der Weg für eine erneute Volksabstimmung wieder frei. Damals hatte die Mehrheit der Stelzenberger gegen eine Eingemeindung votiert.

Die Nebenwirkung der Debatte damals: Nicht nur der Rat, auch die Bevölkerung schied sich an der Frage der Eingemeindung. Die Diskussion

sorgte für teils sehr emotional und persönlich geführte Auseinandersetzungen. Dies möchte Demuth diesmal verhindern. „Ich sehe es nicht als persönliche Sache“, macht er deutlich und hofft, dass sowohl die Ratsmitglieder als auch die Bevölkerung seinem rationalen Vorgehen folgen. „Das Gebot der Stunde ist, die Bürger nicht zu verunsichern“, lautet seine Devise – und dies gelinge am besten, wenn vorab möglichst viel Information über die beiden Optionen vorliege und die Bevölkerung diese erhalte.

So legt sich Demuth zwar nicht auf eine Marschrichtung pro oder kontra Eingemeindung fest. Er wünscht sich aber, dass der Rat die Ergebnisse der Steuerungsgruppe – der Arbeitsgruppe, die sich mit der Fusion mit Landstuhl beschäftigt – abwartet, so dass diese dann in die Entscheidung integriert werden können.

Denn im Gegensatz zu damals, als zumindest die materiellen Vor- und

Nachteile zwischen Stadtteil von Lautern oder Gemeinde der VG Kaiserslautern-Süd gegenübergestellt werden konnten, gibt es in dieser Rechnung derzeit noch viele Unbekannte, da die genauen Umstände für eine fusionierte Verbandsgemeinde noch nicht festliegen.

Demuth versucht im Vorfeld Spannung aus der Diskussion zu nehmen, indem er betont: „Egal, wie die Entscheidung ausfallen wird – für den Bürger wird es keine gravierenden Änderungen geben.“

Als „persönliche Meinung“ lässt er lediglich zu, „für alle Beteiligten einen gangbaren Weg zu finden, ohne alte Gräben aufzureißen“. Er macht erneut seine Hoffnung deutlich, dass die Ergebnisse der Steuerungsgruppe – die er im Frühjahr erwartet – abgewartet werden. Eine Überlegung könne schlicht sein: „Warum eigentlich den Kopf über Eier zerbrechen, die noch gar nicht gelegt sind?“